

Antworten Die Linke Landesverband AGH Wahl 2026

17.07.2026

1.1. Wollen Sie bisher ungenutzte Potenzialräume für Kultur, Nachbarschaftsarbeit und gemeinwohlorientierte Initiativen in Berlin bereitstellen und wie könnte die Umsetzung aussehen?

Ja. Aufbauend auf den Erfahrungen mit dem Haus der Statistik und dem Rathausblock Kreuzberg (Dragoner- Areal) strebt Die Linke Berlin eine stärkere Institutionalisierung der kooperativen Entwicklung zwischen dem Land Berlin, Bezirken, gemeinwohlorientierten Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen an.

Wir wollen ein Pilotprojekt starten, in dem vom Senat finanzierte kollektive sogenannte *Dritte Orte der Teilhabe* in Form von *Public-Common- Partnerships* entstehen. Diese können Nachbar*innen niedrigschwellig und ohne Konsumzwang selbstorganisiert nutzen, um Ideen gemeinsam zu diskutieren - das stärkt die Selbstwirksamkeit und das gesellschaftliche Miteinander.

Für zivilgesellschaftliche Stadtentwicklungsprojekte werden Haushaltstitel mit klarer Zweckbindung eingerichtet. Wir unterstützen Räume für solidarisches Miteinander, Begegnung, Selbstorganisation und gemeinwohlorientierte Angebote. Wir fördern Reallabore für zivilgesellschaftliche Stadtentwicklung und streben perspektivisch an, in jedem Bezirk einen solchen Ort zu etablieren.

Um kleineren, gemeinwohlorientierten Trägern, wie Stiftungen oder dem Mietshäusersyndikat einen Zugriff auf öffentliche Liegenschaften zu ermöglichen, wollen wir die Konzeptverfahren reformieren und niedrigschwelliger gestalten. Wir wollen Initiativen für alternative und gemeinschaftliche Wohn- und Bauprojekte unterstützen und bestehende Beratungs- und Begleitungsstrukturen wie Co-Housing Berlin und die Netzwerkagentur Generationen Wohnen stärken.

Wir wollen die Genossenschaftsförderung künftig an die inhaltliche Bestimmung der begünstigten Unternehmen und nicht mehr allein an die Rechtsform koppeln. Damit wollen wir vor allem kleinere Genossenschaften und alternative, gemeinwohlorientierte Träger stärker unterstützen. Die Förderung soll weiterentwickelt und um Kriterien für Selbstverwaltung, Mitbestimmung und den dauerhaften Ausschluss von Privatisierung ergänzt werden.

Erbbaurechtsverträge und Nachrangdarlehen sollen durch die Investitionsbank Berlin als tragfähiges Eigenkapital anerkannt werden. Bei der Wohnungsbauförderung wollen wir die Fördervorgaben so anpassen, dass auch kleinere Genossenschaften oder andere gemeinwohlorientierte Träger Fördermittel abrufen können.

Die Forderung des Berliner *Initiativenforums Stadtpolitik* nach einer kurzfristig umzusetzenden "Taskforce für bedrohte Räume der Berliner Mischung und Soziokultur" sowie einer langfristig wirksamen "Schiedsstelle" zur Mediation und ständigen Begleitung von Konflikten in stadtentwicklungspolitischen Streitfällen unterstützen wir.

Wir wollen Pilot-Projekte zur Schaffung von Sorgezentren starten, die Versorgungslücken im Nahraum schließen sollen, den Menschen in der Nachbarschaft den Zugang und den Raum für gemeinsame Sorgearbeit und Selbstorganisation ermöglicht und in denen Kunst, Kultur, Gesundheit und andere gemeinwohlorientierte Zwecke Raum finden. Damit entstehen sog. Dritte Orte, an denen Menschen zusammenkommen können, ohne etwas kaufen zu müssen und Dinge repariert, geteilt und geliehen werden können. Diese gegenseitige lokale Unterstützung im Alltag ermöglicht einen ressourcenschonenden Alltag und erhöht die Krisenfestigkeit und Resilienz unserer Kieze. Die konkrete Nutzung muss in einem niedrigschwelligen Beteiligungsprozess erarbeitet werden, in dem die Nachbarschaft mitentscheidet und vor Ort bereits bestehende Angebote und Infrastrukturen einbezogen werden. Den Aufbau solcher Orte wollen wir öffentlich anschieben und ihre Nutzung durch verlässliche Vereinbarungen zwischen Zivilgesellschaft und öffentlicher Hand (*Public-Common/Civic- Partnerships*) absichern.

Wir werden uns für eine Raumpolitik im Kulturbereich einsetzen, die den wachsenden Bedarf an bezahlbaren Arbeitsräumen für alle Sparten auf lange Sicht sichert. Wir setzen uns dafür ein, dass zu dem Bestand in den kommenden Jahren 1.000 neue Arbeitsräume zur Kostenmiete dazukommen. Dazu braucht es eine verlässliche öffentliche Generalanmietung von Arbeitsräumen, Transparenz bei der Vergabe und die Ausweitung der bestehenden Förderprogramme.

Wir wollen die kulturelle Nutzung leerstehender Immobilien erleichtern und Zwischennutzungen ausweiten. 1,82 Millionen Quadratmeter Bürofläche stehen in Berlin leer (Stand 2025). Die Politik hat die Verantwortung, alles zu versuchen, diesem extrem hohen Leerstand mit der gleichzeitig extrem hohen Raumnot mit neuen Lösungen zu begegnen. Dafür prüfen wir neben Zwischennutzungen auch genossenschaftliche Modelle, Kooperationen oder Vergesellschaftung.

Bei der Entwicklung neuer Stadtquartiere sowie bei allen anderen größeren Neubauvorhaben werden mit uns Orte für Kunst und Kultur verpflichtend geplant und gebaut.

1.2 Planen Sie, die Zivilgesellschaft, sowie Akteur*innen und Initiativen der kollektiven Stadtentwicklung frühzeitig in Planungsprozesse städtischen Interesses einzugliedern, und wenn ja, wie?

Ja. Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner darf keine Demokratie- Simulation oder Pseudo-Beteiligung sein. Die Einwohner*innen wissen am besten, wie sich ihre Stadt entwickeln soll. Die Umverteilung von Handlungsmacht an die Berliner*innen ist für uns eine entscheidende Grundlage für eine ermächtigende Beteiligungskultur, umfassende Transparenz und politische Wirkmächtigkeit der Zivilgesellschaft. Proteste, Kampagnen und direktdemokratische Instrumente wie „100 % Tempelhofer Feld“, die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“, „Kotti & Co.“ oder der BaumEntscheid haben in den vergangenen

Jahren eine herausragende Rolle gespielt. Wir nehmen Initiativen und engagierte Nachbar*innen ernst in ihren Anliegen und entwerfen gemeinsam mit ihnen Konzepte für eine kooperative Stadtentwicklung.

Die Leitlinien zur Beteiligung müssen überarbeitet und konsequent angewandt werden. Strukturen wie das Initiativenforum Stadtpolitik und der Runde Tisch Liegenschaftspolitik müssen so weiterentwickelt werden, dass sie tragfähige Lösungsansätze für bedrohte Initiativen und Projekte aushandeln und umsetzen können. Wir wollen, dass Beteiligung diskriminierungssensibel, niedrigschwellig und für alle Berliner*innen zugänglich wird.

2.1 Wie wollen Sie sicherstellen, dass Beteiligungsverfahren in Berlin tatsächlich wirksame und nachhaltige Mitentscheidung ermöglichen? Wie stehen Sie zu verbindlichen Entscheidungsspielräumen, garantierter Ergebnisoffenheit und einer nachvollziehbaren Umsetzung der Empfehlungen des Beteiligungsbeirats zur „guten Beteiligung“?

Planung und Bau von Wohnraum und dazugehörigen Infrastrukturen beschleunigen wir, indem wir den Personalmangel in den Bezirken beseitigen, Prozesse digitalisieren und einen Schwerpunkt auf frühzeitige und ernstgemeinte Beteiligung der Stadtgesellschaft legen und auf diesem Weg jahrelange Streitigkeiten und Klageverfahren verhindern.

Wir wollen insbesondere, dass vor dem Beginn jedes Bebauungsplanverfahrens ein informelles Beteiligungsverfahren durchgeführt wird, um über die Ziele und Grundzüge der Planung ergebnisoffen mit den Menschen vor Ort zu diskutieren.

Der Flächennutzungsplan (FNP) aus dem Jahr 1994, der aus der Zeit gefallen ist, soll in der kommenden Wahlperiode unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit grundlegend überarbeitet werden. Zielstellung soll dabei sein, den FNP auf die Erfordernisse des Klimaschutzes und der Klimaanpassung sowie der Sicherung von Wohnraum abzustimmen. Er wird in einen Seite 5 / 9 klimagerechten Planungsansatz der Stadt-, Landschafts- und Freiraumplanung integriert und in eine gesamtstädtische Freiflächen-Strategie mit konkreten Etappenzielen eingebettet.

Die Leitlinien für Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der räumlichen Stadtentwicklung sind einzuhalten. Der Beteiligungsbeirat ist eines der fünf Instrumente. Dieser hat klar gefasste Aufgaben: bei der Umsetzung der Leitlinien begleiten und Empfehlungen zur Beteiligung bei geplanten und laufenden Projekten aussprechen. Die Empfehlungen des Beirats sollen bei den Akteuren der Stadtentwicklung Gehör finden.

2.2 Welche weiteren Maßnahmen für eine gute Bürger*innenbeteiligung im Interesse der Berliner*innen planen Sie in der räumlichen Stadtentwicklung umzusetzen?

Wir wollen das Quartiersmanagement-Verfahren als beispielhaftes Mittel demokratischer Teilhabe stärken und vor allem hinsichtlich seiner Einbindung in bezirkliche Entscheidungs- und Förderstrukturen.

Zur Verbesserung der städtebaulichen und architektonischen Qualität werden vermehrt offene, niedrigschwellige und beteiligungsorientierte Wettbewerbsverfahren durchgeführt. Offene Wettbewerbe sorgen für eine Vielfalt von Vorschlägen und führen zu einer hohen Qualität des

Ergebnisses. Vorabbesichtigungen (Previews) sind bei Architekturwettbewerben ein wichtiges Instrument, um die Öffentlichkeit oder betroffene Gruppen frühzeitig in die Planung von Projekten einzubeziehen. Sie stärken die lokale Akzeptanz und ermöglichen eine gesellschaftliche Mitgestaltung, bevor endgültige Bauentscheidungen fallen.

Mit einem Bodensicherungsgesetz wollen wir die Flächen und Gebäude, die sich im Eigentum der Stadt und ihrer Unternehmen befinden, gemeinsam als Berliner Bodenfonds betrachten und gleichen Prinzipien unterwerfen:

1. Transparenz über ein öffentliches Kataster;
2. Vergabeverfahren transparent und mit parlamentarischer Kontrolle; Beteiligung der Zivilgesellschaft an den politischen Entscheidungen u. a. durch einen Bodenbeirat;
3. ein grundsätzliches Veräußerungsverbot.

Wir setzen uns für verbindliche Rede- und Beteiligungsrechte junger Menschen in den Bezirksverordnetenversammlungen, Jugendhilfeausschüssen und allen anderen relevanten Gremien ein, denn ob Bildung, Verkehr, Kultur, Stadtentwicklung oder Sicherheit – Entscheidungen in all diesen Politikfeldern nehmen unmittelbar Einfluss auf die Lebenswirklichkeit junger Menschen. Auch auf Landesebene wollen wir die Beteiligungsstrukturen für junge Menschen ausbauen und dabei innovative Wege gehen. Die Vielfalt der Formate und eine breite Repräsentanz aller Kinder und Jugendlichen sind hier für uns zentral wichtig.

Um wirksame Unterstützungs- und Förderangebote für Kinder- und Jugendbeteiligung zu etablieren, braucht es eine lebensweltorientierte Planung mit Verbindlichkeit, Rückkopplung und einer zeitnahen Umsetzung der formulierten Bedarfe.

3.1 Wie wollen Sie sicherstellen, dass gemeinwohlorientierte Stadtentwicklungsprojekte langfristig abgesichert werden und nicht von kurzfristigen Projektförderungen abhängig bleiben, insbesondere durch den Ausbau von Strukturförderungen, interdisziplinären Förderansätzen und Phase-0-Förderung?

Die Linke Berlin will, dass die Berliner*innen bei der Verwendung öffentlicher Ressourcen ihre Projekte direkt vorschlagen und in Beteiligungsgremien selbst entscheiden können. Da trotz guter Erfahrungen mit solchen Bürgerhaushalten in Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf die Verfahren in den Bezirken immer wieder an ihre Grenzen stoßen und da viele Vorschläge die Landesebene betreffen, wollen wir auch auf Landesebene einen berlinweiten Beteiligungshaushalt etablieren. Metropolen wie Paris machen bereits vor, wie dies gehen kann.

3.2 Wie wollen Sie solche interdisziplinär wirkenden Fördermöglichkeiten künftig stärken, und wenn ja, auf welche Weise?

In den Haushaltsberatungen werden wir uns dafür einsetzen, die Ausgaben für Maßnahmen im öffentlichen Raum zur Stärkung des stadtgesellschaftlichen Zusammenhalts zu erhöhen, für temporäre, projektbegleitende und dauerhafte Einrichtungen in den Bereichen Kunst, Kultur, Bildung, Soziales, Umwelt und Inklusion an der gestalterischen Schnittstelle von Stadtentwicklung, Architektur und Infrastruktur.

4.1 Welchen Stellenwert hat Umweltgerechtigkeit im Sinne der Untersuchung durch den Umweltgerechtigkeitsatlas für Sie und wie wollen Sie Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit in der Berliner Stadtentwicklung verbindlich zusammendenken?

Umweltgerechtigkeit hat für uns einen sehr hohen Stellenwert. Umweltgerechtigkeit heißt für uns, dass grüne Freiräume, saubere Luft und wohnortnahe Erholungsmöglichkeiten Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sind. Insbesondere in sozial benachteiligten Kiezen werden wir auf Grundlage des alle zwei Jahre zu aktualisierenden Umweltgerechtigkeitsatlas Maßnahmen zur Lärminderung, Luftreinhaltung, zum Hitzeschutz und zur besseren Versorgung mit Grünflächen und Stadtbäumen konsequent umsetzen, damit die Stadt lebenswert für alle wird. Die wachsende Stadt Berlin braucht eine ausreichende und wohnortnahe Stadtbegrünung. Wir wollen dafür mehr Naturflächen schaffen und bereits existierende unter Schutz stellen. Auf der Grundlage des beschlossenen BäumePlus-Gesetzes werden wir den Berliner Straßenbaumbestand auf eine Million bis zum Jahr 2040 ausweiten und die dafür nötigen finanziellen Mittel zur Pflanzung und Pflege zur Verfügung stellen. Wir wollen zur Finanzierung das Sondervermögen des Bundes sowie alle Fördermöglichkeiten inkl. Städtebaufördermittel nutzen. Auch die Bürger*innen wollen wir durch verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten in die Umsetzung einbinden.

4.2 Wie sollen selbstorganisierte und solidarische Initiativen bei der Entwicklung einer krisenfesten Stadt mit einbezogen werden?

4.3 s.o.

4.4 Welche Maßnahmen gegen Verdrängung planen Sie umzusetzen, besonders bezogen auf kulturell und kollektiv genutzte Orte?

Wir wollen Pilot-Projekte zur Schaffung von Sorgezentren starten, die Versorgungslücken im Nahraum schließen sollen, den Menschen in der Nachbarschaft den Zugang und den Raum für gemeinsame Sorgearbeit und Selbstorganisation ermöglichen und in dem Kunst, Kultur, Gesundheit und andere gemeinwohlorientierte Zwecke Raum finden. Die Stadtteilsorgezentren sollen niedrigschwellige Angebote auch für Wohnungslose und Menschen ohne Krankenversicherung, Kinder- und Jugendclubs sowie Angebote für Alleinerziehende, Senior*innen und pflegende Angehörige und auch Kiezkantinen und Cafés mit günstigen Preisen bereitstellen.

Frauenprojekte wie Frauenhäuser, Mädchentreffs und -clubs, Frauenzentren, Beratungsstellen und selbstorganisierte Initiativen sind Ausdruck feministischer Selbstorganisation sowie Orte der Solidarität, Emanzipation und gegenseitigen Unterstützung. Sie schaffen geschützte Räume, fördern Selbstbestimmung und leisten wertvolle Beiträge zur gesellschaftlichen Gleichstellung. Durch ihre enge Vernetzung verfügen sie über hohe fachliche Kompetenz und unterstützen Frauen dabei, schwierige Lebenssituationen zu bewältigen. Wir setzen uns dafür ein, die Fraueninfrastruktur langfristig zu sichern, auszubauen und finanziell zu stärken.

Berlin braucht Perspektiven für junge Menschen, um die Freiheit zu schaffen, eigene Wege zu gehen. Dafür brauchen wir Räume. Verdrängung und Gentrifizierung treffen besonders häufig Kinder und Jugendliche, die über wenig Finanzkraft verfügen. Ihre spezifischen Bedürfnisse wie beispielsweise ausreichende Parkbänke müssen bei der Stadt- und Grünflächenplanung Berücksichtigung finden. Die Linke Berlin wird sich weiter für unkommerzielle Orte wie zum Beispiel Jugendclubs einsetzen und für eine Zweckbindung der Mittel für die gesamte Kinder- und Jugendhilfe. Geld, das für Jugendclubs vorgesehen ist, muss auch bei den Jugendclubs ankommen und darf von den Bezirken nicht für andere Zwecke ausgegeben werden. Wir wollen alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um Musik-Clubs vor Verdrängung zu schützen. Auf Bundesebene setzen wir uns für einen Mietendeckel für Gewerbe, besseren Kündigungsschutz und die Verankerung von Clubs als Kultureinrichtungen im Baugesetzbuch sowie eine Lärmschutz-Reform ein. Auf Landesebene wollen wir eine Spielstättenförderung einführen, die Clubs mit gesellschaftspolitischem Engagement würdigt, den Schallschutzfonds ausbauen und Genehmigungsverfahren vereinfachen. Die Nutzung öffentlicher Räume für unkommerzielle Freiluftveranstaltungen werden wir deutlich erleichtern.

5.1 Wie gestalten Sie die Abkehr vom Abriss und wie stärken Sie die Umnutzungen von Bestandsarchitekturen?

Berlin braucht einen Abrissstopp. Abrisse wollen wir durch Änderung der Bauordnung unter strengsten Kriterien genehmigungspflichtig machen. Abrisse von bezahlbarem Wohnraum sollen künftig nur noch in eng definierten sozial und ökologisch begründeten Ausnahmefällen möglich sein. Auch Abrisse von Büro- und Gewerbeflächen werden wir durch eine Novelle der Bauordnung weitgehend unterbinden und den Umbau von leerstehenden und nicht genutzten Büro- und Gewerbeflächen deutlich ausbauen. Dazu wollen wir Konzepte entwickeln, um verstärkt leerstehende Gewerbeeinheiten zu bezahlbarem Wohnraum umzubauen und ein Landesförderprogramm auflegen, um den Umbau mit dem Aufbau von Mietpreis- und Belegungsbindungen zu verknüpfen.

Elementare Grundsätze einer internationalen Bauausstellung beinhalten für uns den Vorrang von Umbau und Sanierung vor Abriss und Neubau sowie eines Neubaus mit dauerhaft bezahlbaren Mieten für breite Schichten der Bevölkerung durch gemeinwohlorientierte Träger und insbesondere landeseigene Wohnungsunternehmen, Genossenschaften, Stiftungen oder das Miethäusersyndikat. Die aktuellen Planungen des Senats sehen diese Leitplanken leider nicht vor und daher lehnen wir sie ab. Wir sind offen für eine internationale Bauausstellung, die zu einer Vision einer bezahlbaren, lebenswerten und klimagerechten Stadt einen erheblichen Beitrag leistet. Baustein einer IBA könnten die „schlafenden Riesen“ sein, un- oder untergenutzte Gebäude wie das Flughafengebäude Tempelhof oder das Sport- und Erholungszentrum (SEZ). Bei letzterem haben wir gemeinsam mit der Zivilgesellschaft den drohenden Abriss vorerst gestoppt und kämpfen weiter für den dauerhaften Erhalt dieses wichtigen Stücks Ostmoderne.

Durch die weitgehende Einschränkung von Abrissen wollen wir den Umbau befördern und Bauabfälle bestenfalls verhindern. Wir werden den Einsatz zirkulärer Baustoffe rechtlich stärken und durch ein kommunales Re-Use- Baustofflager die Wiederverwendung bereits verbauter



Urbane Praxis e.V.
Gerichtstr. 23
13347 Berlin
office@urbanepraxis.berlin
www.urbanepraxis.berlin

Ressourcen befördern. Wir wollen den Einsatz von Rückbau- und Wiederverwendungskonzepten ausweiten und rechtlich verankern. Wir wollen den Einsatz nachwachsender Rohstoffe stärker fördern und das Bauen mit dem Klimakiller Beton über die Bauordnung weiter einschränken. Flächensparendes Bauen erreichen wir, indem wir beim Neubau bereits versiegelte Flächen bevorzugen und vorhandene Freiflächen planerisch schützen.